

Frankreich: Roma-Abschiebungen forciert

Nach Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und jugendlichen Roma hat Frankreichs Regierung begonnen, Roma-Siedlungen aufzulösen und ihre Bewohner nach Rumänien und Bulgarien zurückzuführen. Die Europäische Kommission hat Zweifel an der Vereinbarkeit des französischen Vorgehens mit geltendem europäischem Recht geäußert.

Im Juli kam es in Grenoble und Saint-Aignan zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Roma und der Polizei. Daraufhin beschloss die

Regierung Ende Juli, landesweit etwa 350 illegale Roma-Camps aufzulösen. Präsident Nicolas Sarkozy (UMP) bezeichnete die Roma-Siedlungen als „Horte der Kriminalität“. Einwanderungsminister Eric Besson (UMP) ergänzte, dass man gegen diese „rechtsfreien Zonen“ vorgehen müsse. Seit Ende Juli wurden rund 200 illegale Roma-Siedlungen geräumt und knapp 1.000 Roma nach Bulgarien und Rumänien zurückgebracht.

Die französische Regierung beruft sich dabei auf die EU-Richtlinie zur Freizügigkeit (2004/38/CE). Unionsbürger und ihre Familienangehörigen haben zwar das Recht, sich im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten frei zu bewegen. Sie dürfen sich aber nur dann länger als drei Monate in einem anderen EU-Staat aufhalten, wenn sie über einen Arbeitsplatz oder genügend Mittel zur Existenzsicherung verfügen sowie einen ausreichenden Krankenversicherungsschutz haben. Auf die wenigsten Roma in Frankreich trifft dies zu.

Bereits seit Jahresbeginn hat Frankreich mehr als 8.000 Roma abgeschoben, fast so viel wie im gesamten Jahr 2009 (9.875). Schätzungen zufolge leben noch ca. 15.000 Roma in Frankreich. Da die Abschiebungen auf der Grundlage der Freizügigkeitsrichtlinie stattfinden, betreffen sie vorwiegend Bulgaren und Rumänen.

In Frankreich existiert seit 1972 eine juristische Kategorie für all jene, deren Lebensstil als nomadisch

bezeichnet wird. Diese werden gemäß eines Dekrets (Nr. 72-186) als „fahrendes Volk“ („gens du voyage“) zusammengefasst. Die Zahl dieser in Frankreich nomadisch lebenden Personen, von denen die meisten die französische Staatsbürgerschaft besitzen, wird auf etwa 400.000 geschätzt. Frankreich beschränkt seine Definition für Roma im Wesentlichen auf Einwanderer aus Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Ihre Zahl hat in der EU seit der EU-Osterweiterung deutlich zugenommen.

Die französische Regierung setzt bei ihrer Abschiebepolitik auf finanzielle Anreize, um die festgenommenen Roma zur „freiwilligen“ Ausreise zu bewegen. Neben der Erstattung der Reisekosten erhält jeder Erwachsene, der freiwillig ausreist, 300 Euro und jedes Kind 100 Euro. Zusätzlich sollen sie nach Angaben der französischen Regierung soziale Unterstützung von ihren Heimatländern erhalten. Diejenigen, die diese so genannten Rückkehrhilfen in Anspruch nehmen – Regierungsangaben zufolge etwa fünf von sechs aller ausgewiesenen Personen – dürfen nicht nach Frankreich zurückkommen. International hat dieses Wiedereinreiseverbot starke Kritik hervorgerufen, da es die europäische Freizügigkeitsregelung unterminiere.

Die konservative Regierungspartei UMP ist in der Frage zum Umgang mit den Roma gespalten. Die ehemalige Justizministerin und jetzige Abgeordnete des Europäischen Parlaments Rachida Dati (UMP) kritisierte die „Stigmatisierung“. Premierminister Francois Fillon (UMP) warnte davor, „den Kampf gegen die illegale Einwanderung zu instrumentalisieren“. Die Sozialistische Partei (PS) sprach von einer kläglichen Initiative, mit der sich Sarkozy für die Präsidentschaftswahlen 2012 als Hardliner profilieren wolle. Die rechts-extreme Partei Front National (FN) begrüßte das Vorgehen der Regierung.

In der französischen Bevölkerung befürworteten einer Umfrage der Zeitung „Le Parisien“ zufolge 48 % der Befragten die massenhaften Rückführungen, während sich 42 % dagegen aussprachen. Anfang September protestierten Zehntausende in ganz Frankreich gegen die Roma-Politik der Regierung. Einzelne linksregierte Gemeinden widersetzten sich der Ausweisungspolitik der Regierung.

EU-Justizkommissarin Viviane Reding machte die ablehnende Haltung der Kommission zu den Ausweisungen deutlich. Anfang September äußerte sie Zweifel daran, ob die praktizierten Rückführungsmaßnahmen Frankreichs mit geltendem EU-Recht vereinbar sind. Das Recht auf Diskriminierungsfreiheit und die Garantie der Freizügigkeit würden nur dann gewahrt, wenn jede einzelne Ausweisung individuell geprüft und schriftlich festgehalten werde.

Inhalt

Frankreich: Roma-Abschiebungen forciert	1
Kurzmeldungen – Deutschland I	2
Deutschland: Kontroverse um Thilo Sarrazin löst Integrationsdebatte aus	2
Kurzmeldungen – Deutschland II	3
Deutschland: Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund	3
Kurzmeldungen – Deutschland III	4
Deutschland: Diskussion um Fachkräftemangel	4
Kurzmeldungen – Europa	5
Pakistan: Millionen Menschen auf der Flucht	5
Literatur, Online-Angebote & Veranstaltungen	6
Zusätzlich in der Internetausgabe (www.migration-info.de):	
Deutschland: Einreise immer schwieriger	
Australien: Streit um Einwanderung dominierte Wahlkampf	
Kurzmeldungen – Welt	

Kurzmeldungen – Deutschland I

Hamburg: Moschee geschlossen

Die aufgrund ihrer Verbindungen zu radikalislamischen Kreisen bekannte Hamburger Taiba-Moschee (ehemals Al-Quds-Moschee) ist am 9. August geschlossen und ihr Trägerverein verboten worden. Auf der Grundlage eines Verbotsverfahrens sowie eines Beschlusses des Hamburger Oberverwaltungsgerichts (Az. 4 Bs 143/10) erließ der ehemalige Innenminister und jetzige Bürgermeister der Hansestadt Christoph Ahlhaus (CDU) eine entsprechende Verfügung. Zur Begründung hieß es seitens der Hamburger Innenverwaltung, dass die Moschee seit Jahren als Anlaufpunkt gewaltbereiter Islamisten diene. Sowohl Mohammed Atta, einer der Attentäter der New Yorker Terroranschläge vom 11. September 2001, als auch der aus Hessen stammende und im Juni vom pakistanischen Militär festgenommene Islamist Ramzi M. zählten zu ihren Besuchern. <http://justiz.hamburg.de/contentblob/2443850/data/4bs143-10.pdf>

Deutlicher Anstieg der Asylgesuche

Im ersten Halbjahr 2010 wurden 15.579 Asylersuchen gestellt, ein Viertel mehr als im Vorjahreszeitraum (12.454, +25,1 %). Die meisten Anträge kamen von Irakern (2.596). Einen besonders hohen Anstieg gab es bei den Asylgesuchen von Afghanen (vgl. MuB 1/10). Während im ersten Halbjahr 2009 1.120 Afghanen Asylersuchen stellten, waren es nun 2.504 Anträge (+123,6 %). Angesichts der weiterhin schwierigen Lage in Afghanistan erwartet das Bundesinnenministerium, dass Afghanen in den kommenden Jahren die größte Gruppe der Asylsuchenden in der EU stellen werden (vgl. MuB 4/10). Insgesamt 3.691 Personen wurde zwischen Januar und Juni 2010 ein Schutzstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt (18,6 % aller Asylentscheidungen), 1.428 erhielten subsidiären Schutz (7,2 %). Abgelehnt wurden die Anträge von 10.213 Personen (51,4 %). www.bamf.de

nator und noch Vorstandsmitglied der Bundesbank vor den Folgen ungesteuerter Zuwanderung. Sarrazin befürchtet, dass besonders die muslimische Einwanderung „die deutsche Gesellschaft untergräbt“. Muslimische Migranten integrierten sich überall in Europa schlechter als andere Einwanderergruppen. Zudem behauptete er in einem Interview, alle Juden teilten ein „bestimmtes Gen“. Von dieser Aussage distanzierte er sich später. Er habe nur auf allgemeine genetische Ähnlichkeiten von ethnischen Gruppen hinweisen wollen.

Bereits im Herbst 2009 hatte Sarrazin mit seiner Kritik an der mangelhaften Integrationsfähigkeit von türkischen und arabischen Migranten eine heftige Debatte über die deutsche Einwanderungspolitik ausgelöst (vgl. MuB 08/09).

Die islamkritische Soziologin Necla Kelek unterstützte Sarrazin bei der Vorstellung seines Buches in Berlin: „Thilo Sarrazin leistet einen wichtigen Beitrag,

Auch die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und der UN-Ausschuss für die Beseitigung von Diskriminierung (CERD) sowie der Menschenrechtskommissar des Europarates Thomas Hammarberg und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) Mevlüt Çavusoglu hatten Frankreichs Vorgehen kritisiert. Gleiches taten die katholische Kirche und Menschenrechtsorganisationen.

Auch das Europäische Parlament verurteilte die Abschiebungen. In einer Resolution vom 9. September forderten die Abgeordneten die französi-

sche Regierung dazu auf, die Abschiebungen sofort auszusetzen.

Justizkommissarin Reding sieht europaweiten Handlungsbedarf. Der Roma-Konflikt existiere nicht nur in Frankreich, auch andere Länder praktizierten fragwürdige Abschiebungen, sagte sie in Brüssel. Neben Frankreich sind dies vor allem Italien und Dänemark.

Die Justizkommissarin regte an, zügig einen Arbeitsstab zu gründen, um die Integration der Roma in den EU-Mitgliedstaaten zu begleiten.

Auch der rumänische Präsident Traian Basescu (Demokratische Partei) forderte Medienangaben zufolge einen gesamteuropäischen Roma-Integrationsplan. Seit der Osterweiterung leben mehr als 10 Mio. Roma in der EU, v. a. in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Sie können die europäischen Freizügigkeitsregeln nutzen und in ganz Europa reisen. Einem Bericht der Europäischen Grundrechteagentur von 2009 zufolge sind sie allerdings in ganz Europa starken Diskriminierungen ausgesetzt (vgl. MuB 6/09, 8/08). *th*

Weitere Informationen:

www.immigration.gouv.fr, www.secours-catholique.org, www.amnesty.org, www.ohchr.org,

http://fra.europa.eu/fraWebsite/home/home_en.htm

Deutschland: Kontroverse um Thilo Sarrazin löst Integrationsdebatte aus

In seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ behauptet Thilo Sarrazin (SPD), Deutschland „verdumme“, weil die so genannte Unterschicht und Muslime zu viele Kinder bekämen. Mit diesen Äußerungen erntete er von vielen Seiten heftige Kritik. Die Auseinandersetzung um seine Thesen führte zu einer Intensivierung der Integrationsdebatte (vgl. MuB 6/10, 10/09, 5/08).

In seinem Ende August erschienenen Buch warnt der frühere Berliner Finanzsenator

indem er uns Muslime auffordert, unsere Rolle in Deutschland zu reflektieren.“ Die bürgerlichen Parteien dürften das Thema nicht den rechten Parteien überlassen. Sie plädierte für eine inhaltliche anstelle einer moralischen Debatte.

Die Kritik an Sarrazins aktuellen Äußerungen ist erneut groß. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) reagierte empört. Als „äußerst verletzend, diffamierend und sehr polemisch zugespitzt“ bezeichnete Merkel laut Regierungssprecher Steffen Seibert Sarrazins Behauptungen. Gleichzeitig plädierte die Kanzlerin dafür, die statistisch erhöhte Gewaltbereitschaft strenggläubiger muslimischer Jugendlicher nicht zu tabuisieren (vgl. MuB 6/10). Sie forderte die Bundesbank indirekt auf, Sarrazin zu entlassen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nannte Sarrazins Kritik „spalterisch“, räumte aber Fehler der Integrationspolitik vergangener Jahre ein. Es gebe „vielleicht 10 bis 15 % wirkliche Integrationsverweigerer“, um die man sich verstärkt kümmern müs-

Sozialreport 2010

Eine aktuelle Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg ergab, dass 72 % der Deutschen der Aussage zustimmen, es gäbe in Deutschland „zu viele Ausländer“ und ihre Zahl müsse „in den nächsten Jahren reduziert werden“. Für die repräsentative Studie „Sozialreport 2010“ im Auftrag des Bundesverbands der Volkssolidarität wurden 2.090 Erwachsene befragt. Demnach fordern 73 % der Deutschen, dass sich Ausländer den hiesigen Begebenheiten mehr anpassen sollten. 78 % denken jedoch, dass ausländische Bürger zum Wohlstand in Deutschland beitragen.

www.volkssolidaritaet.de/cms/sozialreport_2010_deutsche_einheit.html

se, sagte er. Wer sich der Teilnahme an Integrationskursen entziehe, müsse mit „konsequent angewandten“ Strafen rechnen.

Der Leiter des Essener Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung Haci-Halil Uslucan sagte,

Sarrazins Bemerkung über die angeblich enorme Kinderzahl von Migranten halte keiner Überprüfung stand: „Dass sie mehr Kinder haben, stimmte lange, es stimmt aber gegenwärtig nicht mehr“ (vgl. S. 3).

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration Klaus Bade warnte, dass viele Migranten die Debatte als eine Art „Ausgrenzungskampagne“ wahrnehmen würden. Allerdings sieht Bade die Gefahr der Herausbildung „einer neuen Unterschicht mit zum Teil über Generationen anhaltenden Integrationsdefiziten in bestimmten Bereichen, besonders in Bildung, Ausbil-

dung und dann auch am Arbeitsmarkt“. Er betonte allerdings, dass davon auch deutsche Transferabhängige ohne Migrationshintergrund betroffen seien.

Der SPD-Parteivorstand beschloss Ende August einstimmig, ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel eines Ausschlusses Sarrazins einzuleiten. Anlass sei jedoch nicht dessen Kritik an den Fehlern der Integrationspolitik, sondern sein „fatales menschenverachtendes Menschenbild“, wie der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel präziserte. Er rief seine Partei zugleich dazu auf, sich „intensiver und offensiver“ der Integration zu widmen.

Die Bundesbank beschloss Anfang September in Abwesenheit Sarrazins einstimmig, beim Bundespräsidenten seine Abberufung als Mitglied des Vorstandes zu beantragen. Seine Zuständigkeitsbereiche wurden Sarrazin entzogen. Die Bundeskanzlerin begrüßte die Entscheidung. Bevor Bundespräsident Christian Wulff (CDU) über den Antrag entschied, bat Thilo Sarrazin am 9. September um die Auflösung seines Arbeitsvertrags zum 30. September 2010. Seine Amtszeit begann 2009 und hätte regulär 2014 geendet.

Laut einer Forsa-Umfrage war jeder zweite Deutsche gegen eine mögliche Entlassung Sarrazins. Auch das er aus seiner Partei ausgeschlossen werden soll, findet jeder Zweite falsch. Jeweils rund ein Drittel der Befragten hielten eine Entlassung und auch den Ausschluss aus der SPD für angemessen. *up*

Kurzmeldungen – Deutschland II

Aufnahme iranischer Regimegegner

Die ersten 12 iranischen Regimegegner sind im Juni und Juli in Berlin angekommen. Hamburg und Nordrhein-Westfalen werden weitere Iraner aufnehmen. Die meisten von ihnen sind Studierende und Journalisten, die sich an den Protesten im Zusammenhang mit der Parlamentswahl im vergangenen Jahr beteiligt hatten. Sie waren inhaftiert und zum Teil gefoltert worden. Viele von ihnen waren zunächst in die Türkei geflohen, wo sie zwar geduldet, aber in keiner Weise unterstützt wurden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bereits im März die Grundsatzentscheidung getroffen, dass Deutschland 20 Exil-Iraner aufnehmen wird. Die Zahl war im Mai in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz auf 50 erhöht worden. Die iranischen Regimegegner erhalten eine zweijährige Aufenthaltsgenehmigung, die ihnen die Aufnahme einer Arbeit erlaubt.

www.fluechtlingshilfe-iran.de

Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen
Deutschland nimmt zwei ehemalige Insassen aus dem US-Gefangenenlager Guantánamo auf. Die beiden Männer aus den Palästinensergebieten und Syrien seien des Terrorismus verdächtig gewesen, inzwischen jedoch als ungefährlich eingestuft, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der die Entscheidung Anfang Juli bekannt gab. Hamburg und Rheinland-Pfalz haben sich zur Aufnahme der Häftlinge bereit erklärt. Über die Aufnahme von Ex-Häftlingen war in den vergangenen Monaten kontrovers diskutiert worden (vgl. MuB 4/10, 5/09). De Maizière begründete die Aufnahme auch mit humanitären Aspekten. Die Bundesregierung unterstütze die USA in ihrem Bemühen um eine Schließung des Lagers und sehe sich in der Verantwortung, bei der Auflösung zu helfen. Die Männer bekommen eine Aufenthaltsgenehmigung, die auf die aufnehmenden Bundesländer beschränkt ist, und sollen nicht observiert werden. www.bmi.bund.de

Statistische Bundesamt die seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und deren Nachkommen (vgl. MuB 10/08). Ihr Anteil ist im Vergleich zu den Ergebnissen des Mikrozensus aus dem Jahr 2005, als das Merkmal Migrationshintergrund erstmalig erfasst wurde, von 18,6 % (15,3 Mio.) auf 19,6 % gestiegen (vgl. MuB 3/08, 5/07, 5/06). Für den Anstieg nennt das Statistische Bundesamt v. a. zwei Gründe: Von 2005 bis 2009 ist der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund durch Zuzug und Geburten um 715.000 Personen angewachsen. Zugleich schrumpfte die einheimische

Deutschland: Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund

Die Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund hat 2009 erstmals die 16-Mio.-Schwelle überschritten. Inzwischen handelt es sich um jeden fünften Einwohner Deutschlands, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden Mitte Juli mitteilte. Eine aktuelle Studie der Universität Rostock widerspricht der Annahme, Migrantinnen würden deutlich mehr Kinder bekommen als deutsche Frauen.

Im vergangenen Jahr lebten 16,048 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Dazu zählt das

Bevölkerung seit 2005 um 1,3 Mio., hauptsächlich durch Todesfälle.

Die beiden größten Migrantengruppen kommen aus der Türkei (3 Mio.) und aus der früheren Sowjetunion (2,9 Mio.). Aus Ex-Jugoslawien und Polen stammen je 1,5 Mio., aus Italien 830.000 und aus Griechenland 403.000. 96 % aller Personen mit Migrationshintergrund leben auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik und des früheren Westberlin. Mit einem Altersdurchschnitt von 34,7 Jahren sind sie deutlich jünger als Personen ohne Migrationshintergrund (45,6 Jahre). Unter den Neugeborenen machen sie inzwischen 30 % aus, in städtischen Ballungsgebieten teilweise 60 % und mehr.

Allerdings bekommen auch Migrantinnen zunehmend weniger Kinder. Dies ist das Ergebnis einer im August veröffentlichten Studie der Universität Rostock. „Frauen der zweiten Migrantengeneration haben sich dem Geburtenverhalten von deutschen Frauen nahezu angepasst“, fand die Soziologin Nadja Milewski heraus. In der Studie wurde anhand von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) das Geburtsverhalten von Frauen aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Griechenland, Italien und Spanien untersucht. Demnach werden Migrantinnen im Vergleich zu westdeutschen Frauen rund zwei Jahre früher Mutter. Ebenso wie für deutsche Frauen gelte für Zuwanderinnen aber: Je höher der Bildungsabschluss, desto später bekommen die Frauen Kinder. Die Wissenschaftlerin führt das u. a. darauf zurück, dass mit zunehmender Bildung auch die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit steigt.

Kurzmeldungen – Deutschland III

UNO-Kinderrechtskonvention

Deutschland hat das bereits 1990 in Kraft getretene „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ vorbehaltlos anerkannt. Mitte Juli wurde die entsprechende Erklärung bei den Vereinten Nationen (UN) in New York hinterlegt. Bisher galt die Konvention nur unter dem Vorbehalt, dass das deutsche Ausländerrecht Vorrang vor den Verpflichtungen der Konvention hatte. Dies hatte der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes wiederholt kritisiert. Der Beschluss zur Rücknahme der Vorbehalte, der im Mai durch das Bundeskabinett erfolgte, sei insbesondere im Interesse der Flüchtlingskinder zu begrüßen. Damit erhielten sie endlich die gleichen Chancen auf Bildung und medizinische Hilfe, sagten die Sprecher der National Coalition, einem Zusammenschluss von rund 100 bundesweit tätigen gesellschaftlichen Organisationen (vgl. MuB 5/10). Sie forderten die Bundesregierung auf, die entsprechenden Regelungen im Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrecht an die Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention anzupassen.

www2.ohchr.org/english/bodies/crc/
www.national-coalition.de

Leistungen für Asylbewerber zu niedrig

Die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sind nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Landessozialgerichts (LSG NRW) zu gering, um eine menschenwürdige Existenz zu sichern, und damit verfassungswidrig (Az. L 20 AY 13/09). Die Essener Richter beschloss daher Ende Juli, dies durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) prüfen zu lassen. Geklagt hatte ein irakischer Flüchtling.

Das LSG NRW kritisierte weiterhin, dass der Leistungsbedarf nicht in einem Verfahren bemessen, sondern „ins Blaue hinein“ geschätzt worden sei. Da die Unterstützung für Asylbewerber deutlich geringer ausfällt als die für Langzeitarbeitslose und Bezieher von Sozialhilfe, könne man davon ausgehen, dass die Leistungen offensichtlich nicht ausreichten, um das menschenwürdige Existenzminimum sicherzustellen. Ist das BVerfG gleicher Ansicht, müsste der Gesetzgeber die Höhe der Sätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz neu regeln.

www.justiz.nrw.de/Presse/presse_weitere/PresseLSG/28_07_2010/index.php

Techniker fehlen. Ferner fehlen Pflegekräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher (vgl. MuB 5/10, 5/09).

Klaus Zimmermann, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sagte Anfang September, ab 2015 verliere die deutsche Wirtschaft „jedes Jahr rund 250.000 Mitarbeiter“. Es müssten „mindestens netto 500.000 mehr Menschen pro Jahr zuwandern, um unsere Wirtschaftskraft dauerhaft zu sichern“.

Während Frauen, die heute nach Deutschland kommen, oft ein hohes Qualifikationsniveau haben, sei dies vor einigen Jahren noch anders gewesen. Die Frauen der ersten Migrantengeneration waren meist nicht erwerbstätig, was eine frühere Familiengründung und eine höhere Kinderzahl begünstigte. Für die ersten Jahre nach Ankunft der Migrantinnen in Westdeutschland zeigte sich, dass die Wahrscheinlichkeit, ein ers-

tes Kind zu bekommen, v. a. in den ersten beiden Jahren hoch war – etwa sechsmal so hoch wie die für Frauen aus Westdeutschland im gleichen Alter.

Türkischstämmige Frauen haben im Gegensatz zu Migrantinnen aus anderen Ländern auch heute noch häufiger drei Kinder. Dennoch gebe es auch unter Türiinnen der zweiten Generation einen Anpassungstrend an die „demographischen Muster“ in Deutschland, heißt es in der Studie. *up*

Weitere Informationen:

Nadja Milewski: **Fertility of Immigrants. A Two-Generational Approach in Germany.** Demographic Research Monographs. 2010, Hamburg: www.demogr.mpg.de/books/drm/006/
www.destatis.de

Deutschland: Diskussion um Fachkräftemangel

In Deutschland wird erneut über einen möglichen Fachkräftemangel und eine leichtere Einwanderung von gut Ausgebildeten diskutiert. Vorschläge für die Erleichterung der Fachkräfte-Einwanderung von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und Bildungsministerin Anette Schavan stießen jedoch auf Kritik.

Nach Angaben von Interessenverbänden herrscht bereits heute ein Fachkräftemangel in Deutschland, obwohl im August 2010 3,19 Mio. Personen (7,6 % der Erwerbsfähigen) arbeitslos gemeldet waren. Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) spricht von 36.000 offenen Stellen für Ingenieure. Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (Bitkom) gibt an, dass derzeit 43.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt sind. Laut Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft werden im Jahr 2014 bereits 200.000 Ingenieure, Naturwissenschaftler und

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) dagegen verwies auf Forschungsergebnisse, wonach es aktuell keine Anzeichen für einen allgemeinen Fachkräftemangel gebe, auch wenn die Lage in einigen Teilen des Arbeitsmarkts angespannt sei. Auf längere Sicht seien jedoch breitere Mangelsituationen zu erwarten. Grund dafür ist die auch von Zimmermann betonte Prognose, dass die Erwerbsbevölkerung in Ostdeutschland bereits ab 2015, in Westdeutschland ab 2020 zurückgehen wird. Nach Schätzungen des Instituts wird es 2050 in Deutschland 18 Mio. Erwerbstätige weniger geben.

Mehrere Politiker legten im Juli und August Vorschläge vor, um die Zuwanderung von Fachkräften zu fördern. Bundesbildungsministerin Anette Schavan (CDU) schlug vor, das Bruttojahreseinkommen von zuziehenden Fachkräften, das eine Voraussetzung für die Erteilung von langfristigen Arbeitsgenehmigungen ist, von derzeit 66.000 Euro zunächst zu senken. Eine Untergrenze nannte sie nicht. Langfristig könnte diese Bedingung sogar abgeschafft werden.

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Industrie- und Handelskammertages Achim Dercks und DIW-Leiter Zimmermann sprachen sich ebenfalls für eine Absenkung der Einkommensgrenzen aus. Sie nannten Untergrenzen von 40.000 bzw. 50.000 Euro.

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Dieter Hundt forderte eine grundlegende Reform hin zu einer an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarkts orientierten Zuwanderungspolitik. Er plädierte für die Einführung eines Punktesystems, das Ausbildung, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung berücksichtigt (vgl. MuB 5/10, 9/09, 4/09).

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) kündigte an, in den nächsten Monaten eine „Fachkräfte-Initiative“ vorzustellen. Ihm gehe es darum, „ein Gesamtkonzept zu entwickeln, mit dem qualifizierte ausländische Arbeitnehmer nach Deutschland kommen“. Als Maßnahmen schlug er neben einer Senkung der Einkommensgrenzen vor, dass Unternehmen ausländischen Facharbeitern eine „Lockprämie“ zahlen. Er sprach sich jedoch gegen die staatliche Finanzierung einer solchen Prämie aus.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ die Vorschläge des Wirtschaftsministers zurückweisen und

Kurzmeldungen – Europa

Frankreich: Vollverschleierungsverbot

Die französische Nationalversammlung hat Mitte Juli einem Gesetzesvorschlag für ein landesweites Vollverschleierungsverbot in der Öffentlichkeit zugestimmt. Mit nur einer Gegenstimme verabschiedete das Parlament einen Gesetzentwurf, demzufolge verschleierte Frauen 150 Euro Strafe drohen. Männern, die ihre Frauen zum Tragen eines Gesichtsschleiers zwingen, droht sogar eine Geldstrafe von 30.000 Euro und ein Jahr Gefängnis. Handelt es sich um minderjährige Frauen verdoppelt sich das Strafmaß. Ausgenommen von dem Gesetz sind Motorradhelme, Gesichtsmasken der Polizei und Karnevalsverkleidung. Der Senat stimmte im September dem Entwurf zu. Auch der Verfassungsrat soll noch zum Gesetz Stellung beziehen. Stimmt auch er dem Vorschlag zu, soll das Gesetz im nächsten Jahr in Kraft treten (vgl. MuB 5-6/10, 6/09). www.assemblee-nationale.fr/13/dossiers/dissimulation_visage_espace_public.asp

EU: Irreguläre Einwanderung gesunken
Die Zahl der Personen, die beim Versuch eines illegalen Grenzübertritts nach Italien aufgegriffen wurden, ist laut der Europäischen Kommission von 32.000 im Jahr 2008 um fast 80 % auf 7.300 Personen 2009 gesunken. Insgesamt verringerte sich 2009 die Zahl der erfassten illegalen Einreisen an allen Außengrenzen der Europäischen Union um 50 % von 62.000 auf 31.000. Als Hauptgrund für den Rückgang wird der Abschreckungseffekt durch die Durchsetzung eines umstrittenen Rücknahmeabkommens zwischen Italien und Libyen angesehen (vgl. MuB 5/09). In dem Abkommen wurde vereinbart, dass Personen, die der illegalen Einreise aus Libyen nach Italien verdächtigt werden, direkt auf See aufgegriffen und nach Libyen zurückgeschickt werden. Wegen der schlechten Menschenrechtssituation in Libyen und der mangelnden Prüfung des Gesundheitszustands und Asylanspruchs der Migranten wurde das Abkommen von Menschenrechtsorganisationen und vom Europarat wiederholt kritisiert (vgl. MuB 5/10). http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/com_2010_415_en.pdf

dig, rund 10 Mio. Menschen. Den Vereinten Nationen zufolge benötigen etwa 6 bis 8 Mio. Menschen Lebensmittelhilfe. Mindestens 72.000 Kinder litten bereits an schwerer Unterernährung, 200.000 weitere seien akut mangelernährt, so das Kinderhilfswerk Unicef.

Besonders betroffen war zunächst die nordwestliche Region des Landes, die teilweise völlig von der Außenwelt abgeschnitten war. Hier kamen den Behörden zufolge etwa 1.400 Menschen ums Leben. Später weitete sich die Flutkatastrophe auf Zentral- und Südpakistan aus. In den Provinzen Punjab und Sindh fehlt es noch immer an sauberem Trinkwasser, hier breiten sich nach Angaben der Hilfsorganisation Ärzte ohne

betonte, sie sehe keinen Anlass, das erst seit Anfang 2009 geltende Zuwanderungsgesetz zu überarbeiten (vgl. MuB 7/08, 1/09). Die Bundesregierung sei dabei, die europäische Richtlinie zur so genannten Bluecard umzusetzen, die „einen zweiten Kanal für Hochqualifizierte“ öffnen solle. Die Bluecard soll Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern ermöglichen, mehrere Jahre in der EU zu arbeiten und auch innerhalb der EU umzuziehen (vgl. MuB 9/08).

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank Jürgen Weise schlug vor, den Fachkräftemangel aus

der Zahl der Arbeitslosen zu decken, indem die Unternehmen mehr in die Ausbildung von Fachleuten investierten. Er sagte: „Wer qualifizierte Kräfte haben und halten will, muss etwas bieten. Das können die Unternehmen selbst gestalten, da braucht man nicht nach dem Gesetz zu rufen.“

Die Gewerkschaften sprachen sich ebenfalls gegen eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften aus, da erst das heimische Potenzial an Arbeitskräften ausgeschöpft werden müsse. Die Gewerkschaft ver.di forderte die Arbeitgeber auf, einem eventuellen Fachkräftemangel durch höhere Ausbildungszahlen zu begegnen. Die IG-Metall schloss sich dieser Forderung an und betonte, dass es in Deutschland rund 1,5 Mio. Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsausbildung gebe. Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit standen Ende Juli dieses Jahres 153.000 Bewerbern nur 109.000 freie Lehrstellen gegenüber. *bb* Weitere Informationen:

www.bmwi.de, www.diw.de, www.igmetall.de, www.vdi.de, www.dihk.de, www.verdi.de

Pakistan: Millionen Menschen auf der Flucht

Die seit Anfang August anhaltenden Überschwemmungen in Pakistan haben eine humanitäre Katastrophe ausgelöst. Obwohl der Wasserpegel langsam sinkt, ist ein Ende der Notlage nicht absehbar. Millionen Pakistanis sind auf der Flucht vor den Wassermassen.

Ende August hatten die Wassermassen ein Fünftel der Landesfläche überschwemmt. Laut UNO-Angaben sind bis zu 21 Mio. Menschen von den Überflutungen betroffen, dies entspricht rund 12 % der Gesamtbevölkerung. Nach Angaben der pakistanischen Behörde für Katastrophenschutz (NDMA) waren bis Anfang September 1.752 Tote und 2.697 Verletzte zu beklagen. Über 1,8 Mio. Häuser wurden beschädigt, rund 10 Mio. Menschen wurden obdachlos. Den Vereinten Nationen zufolge benötigen etwa 6 bis 8 Mio. Menschen Lebensmittelhilfe. Mindestens 72.000 Kinder litten bereits an schwerer Unterernährung, 200.000 weitere seien akut mangelernährt, so das Kinderhilfswerk Unicef.

Grenzen Haut-, Atemwegs- und Durchfallerkrankungen rapide aus. Der Zusammenbruch der Infrastruktur erschwerte die Verteilung von Hilfsgütern. Wegen der starken Regenfälle konnten Hubschrauber teilweise nicht starten. In abgelegenen Regionen übernahmen Anhänger der fundamental-islamischen Partei Jamaat-e-Islami die Organisation humanitärer Hilfe und erwiesen sich oft als effizienter als staatliche und internationale Hilfsorganisationen. Die Kritik von Opposition und breiten Bevölkerungsteilen an der schleppenden Hilfe seitens der pakistanischen Behörden wird immer stärker.

Presseberichten und internationalen Organisationen zufolge hat die Flutkatastrophe zu umfangreichen Fluchtbewegungen innerhalb des Landes geführt. Genaue Zahlen zu deren Ausmaß liegen noch nicht vor. Allein die Stadtverwaltung der südpakistanischen Handelsmetropole Karatschi rechnet mit etwa 1 Mio. Flüchtlingen aus der umliegenden Provinz Sindh.

Beobachter gehen davon aus, dass die Massenflucht und die damit steigende Urbanisierung weitere soziale und ethnische Konflikte, etwa zwischen im Süden ansässigen Sindhis und aus dem Zentrum und Norden fliehenden Punjabis, hervorrufen wird.

Der Sprecher des Pakistaner UN-Büros für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten (OCHA) Maurizio Giuliano erklärte, die Dimension der Katastrophe sei größer als die des Erdbebens auf Haiti (vgl. MuB 1/10) oder des Tsunamis im Indischen Ozean Ende 2004 (vgl. MuB 1/05). Mitte August riefen Hilfsorganisationen zu verstärkter internationaler Unterstützung auf. Die New Yorker UN-Zentrale bat in einem Hilfsappell um Sofortzahlungen in Höhe von 460 Mio. US-Dollar (rund 353 Mio. Euro). Bis Anfang September gingen insgesamt 310 Mio. US-Dollar bei den Vereinten Nationen ein. Durch private und bilaterale Spenden ist die weltweit zugesagte Summe für Pakistan auf fast 1,1 Mrd. US-Dollar (860 Mio. Euro) angestiegen. *sta* Weitere Informationen:

<http://ndma.gov.pk>, <http://ochaonline.un.org>

Literatur, Online-Angebote & Veranstaltungen

Literatur

Rainer Bauböck, Thomas Faist (Hg.): **Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods.** 2010, Amsterdam, ISBN 978-90-8964-238-7, Preis 44,50 Euro, Online-Bestellung: www.aup.nl



Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Die Prediger des Islam.** 2010, Bonn, Autor: Rauf Ceylan, Bestellnummer 1071, Bereitstellungspauschale 2 Euro, Online-Bestellung: www.bpb.de/shop

Inhalt: Über die Rolle der Imame in Deutschland gibt es kaum Informationen. Abhängig von ihrem Amtsverständnis und ihrer politischen und religiösen Orientierung sind sie oft mehr als Vorbeter und Deuter in Fragen des islamischen Glaubens. Der Religionswissenschaftler Rauf Ceylan wendet sich dem Alltagsleben der Imame zu: Von der deutschen Politik bislang zu wenig wahrgenommen, haben Imame nicht nur eine Schlüsselfunktion bei der Integration muslimischer Jugendlicher, sondern sind auch Multiplikatoren für Menschen muslimischen Glaubens. Auch von der Qualität ihrer Ausbildung hängt es ab, wie der Islam in Deutschland den Menschen vermittelt wird und ob diese sich mit den rechtsstaatlichen Grundwerten der Demokratie identifizieren.

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (Hg.): **Länderprofil Russland.** Focus Migration, 2010, ISSN 1864-6220, Autorin: Maria Nozhenko. Download als PDF/HTML: www.focus-migration.de/Russische_Foederatio.6337.0.html. Das Länderprofil ist in Deutsch und Englisch abrufbar. Insgesamt sind bisher 21 Länderprofile erschienen.

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (Hg.): **Länderprofil Australien.** Focus Migration, 2010, ISSN 1864-6220, Autor: Graeme Hugo. Download als PDF/HTML: www.focus-migration.de/Australien.6363.0.html. Das Länderprofil ist in Deutsch und Englisch abrufbar. Insgesamt sind bisher 21 Länderprofile erschienen.

Stefan Luft, Peter Schimany (Hg.): **Integration von Zuwanderern. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven.** 2010, Bielefeld, ISBN 978-3-8376-1438-1, Preis 29,80 Euro, Online-Bestellung: www.transcript-verlag.de

Ellen Siebert: **Schwere Last auf kleinen Schultern. Aufgaben und Grenzen Sozialer Arbeit mit minderjährigen traumatisierten Flüchtlingen aus Kriegsgebieten.** 2010, Marburg, ISBN 978-3-8288-2360-0, Preis 24,90 Euro, Online-Bestellung: www.tectum-verlag.de

Ahmet Toprak: **Integrationsunwillige Muslime? Ein Milieubericht.** 2010, Freiburg, ISBN 978-3-7841-1959-5, Preis 20,90 Euro, Online-Bestellung: www.lambertus.de

Online-Angebote

Internetangebot für junge Migrantinnen und Migranten
Unter www.stell-deine-fragen.de erreicht man das erste Online-Beratungsportal für junge Migrantinnen und Migranten (jmd4you), das unabhängig von öffentlichen Institutionen wie dem Jugendamt oder der Ausländerbehörde anonyme und kostenlose Beratung anbietet.

Die interkulturell ausgebildeten Online-Berater, alle mit langjähriger Beratungserfahrung in den Jugendmigrationsdiensten, geben Antworten auf alle Fragen, die die Integration betreffen.

Über das klassische Beratungsangebot hinaus bietet die Online-Plattform www.jmd4you.de seit Kurzem ein **moderiertes Forum** an, in dem sich die Jugendlichen auch untereinander austauschen können.

Simulationen für die historisch-politische Bildung

Der Verein Humanity in Action Deutschland e. V. entwickelt Simulationen zu menschenrechtlichen Dilemmas und Konfliktsituationen. In Kürze erscheinen englischsprachige Handreichungen und Spielanleitungen zu folgenden Themen:

- „Iraqi Refugees in Germany facing Repatriation“
- „Transitional Justice in Post-Conflict Societies“
- „Roma Rights in the European Union“ und
- „Segregated Schools in Bosnia-Herzegovina“

Kontakt: Anne Stalfort, Tel.: +49 30 44308271, a.stalfort@humanityinaction.org, www.humanityinaction.org/germany

Veranstaltungen

Film „Shahada“

Start: 30. September 2010

Regisseur: Burhan Qurbani

Inhalt: Shahada ist ein Film über moderne, junge Menschen, die als Muslime mit ihren Gefühlen in universelle Konflikte geraten und dabei ganz individuell ihrem Glauben neu begegnen. Shahada bietet einen ungewöhnlichen, lebensnahen Blick auf moderne Muslime.

Auszeichnung: Shahada war offizieller Wettbewerbsbeitrag der 60. Internationalen Filmfestspiele Berlin und erhielt den Preis der Gilde der deutschen Filmkunsttheater für den besten Wettbewerbsfilm der Berlinale 2010.

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 4563173, Fax: +49 (0)30 92400996, E-Mail: MuB@network-migration.org; newsletter@focus-migration.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)

Redaktion: Marcus Engler & Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Barbara Bils, Thomas Hummitzsch, Veysel Özcan, Ulrike Pape, Jan Schneider, Anne Stalfort, Christoph Wöhrle; Redaktionsschluss: 9.9.2010

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder newsletter@focus-migration.de

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder.

Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sowie Zusatzinformationen sind online verfügbar unter: www.migration-info.de

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org, www.focus-migration.de